

Verantwortlicher Redakteur: Dr. phil. h. c. h. Auer. Druck: A. Auer, Leipzig. Verlagsnummer: 10. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 30 Pf. pro Quartal. Ausland: 1.00 Pf. pro Quartal. Postamt: Leipzig. Postnummer: 10.000. Telephon: 10.000. Telegramm: Auer. Auer'sche Buchhandlung, Leipzig.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 2.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 2.00 Mark. Bei der Post halbjährlich 12.50 Mark, monatlich 2.00 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie die Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Angabenpreise: Die Abgabepreise betragen für den Raum für Anzeigen aus dem Bezirk des Erzgebirges 50 Pf., auswärtige Anzeigen 60 Pf., Kleinanzeigen 2.— Mark. Bei größeren Abnahmen entsprechende Rabatte. Anzeigenannahme bis spätestens 1/2 Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabepreise durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 92. Donnerstag, den 21. April 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

In der Großberliner Industrie sind umfangreiche Kündigungen erfolgt, da durch die Sanktionen die meisten Auftragsarbeiten annulliert wurden und auch Italien mit seinen Bestellungen zurückfällt.

Nach einem Reuters Telegramm haben die Kabinette von London und Rom der Befestigung weiterer deutscher Gebiete zugestimmt für den 1. Mai, unter der Voraussetzung der Befestigung der zu besetzenden Gebiete auf der bevorstehenden Konferenz der alliierten Staatsmänner.

Im Unterhaus erklärte Harmsworth, das Foreign Office habe keinerlei Informationen über die augenblicklichen Absichten der amerikanischen Regierung mit Bezug auf ihre Vertretung in der Reparationskommission.

Vom 1. Mai ab werden von den saarländischen Zollämtern Zahlungen nur noch in Franken angenommen. Eine Umrechnung in Mark findet nicht statt.

Nach einer Meldung des Matin aus Straßburg ist der ehemalige deutsche Staatssekretär von Elsaß-Lothringen Jörn von Sulach gestern in Straßburg im Alter von 72 Jahren gestorben.

Was kann am 1. Mai geschehen?

Obwohl es nicht den Anschein hat, als ob die eifrige französische Gesandtschaft zur Befestigung der öffentlichen Meinung Deutschlands Erfolg gehabt hätte, ist es doch vielleicht am Plage, noch einmal gerade auf Grund der zahllosen französischen Alarm- und Drohmeldungen in aller Stille klarzulegen, was an dem berühmten historischen 1. Mai 1921 von unseren Gegnern an tatsächlichen Aktionen gegen uns unternommen werden kann. Die Antwort auf diese Frage ist ganz einfach, sie geht dahin, daß in Wirklichkeit nichts geschehen wird. Die Entwicklung ist nämlich genau vorgezeichnet, und auch französische Blätter leugnen nicht, daß die hochgespannten Erwartungen enttäuscht werden müßten. Bekanntlich ist die Reparationskommission die Instanz, die sich allein am 1. Mai in positiver Weise zu äußern haben wird. Sie hat an diesem Tage die von ihr festgesetzte Wiederputzungsmäßigung, d. h. die Höhe der verlangten deutschen Entschädigungssumme, nach Berlin zu übermitteln, und die Reichsregierung wird daraufhin gehalten sein, zu dieser Forderung entweder im zustimmenden oder im ablehnenden Sinne sich zu äußern. Trachtet sie die Auffassung der Reparationskommission als annehmbar, so zerfallen damit schon an sich alle Drohungen der französischen Militärs in nichts. Nach den Angaben der französischen Presse besteht für diesen glatten Gang der Dinge allerdings nicht die geringste Aussicht. Es ist also zu befürchten, daß die Reichsregierung auch nach aufmerksamster Prüfung der Sachlage zu einem neuen Nein gezwungen ist. Darauf wird auf der Gegenseite der D. V. R. zu dementsprechenden und zwar wahrscheinlich in London. Das ist ja bereits gemeldet worden. In London wird die französische Regierung abzuwarten haben, ob und in welcher Form sich ihr Wille durchsetzt, und erst wenn das geschehen ist, wird sich marschieren können. Inzwischen sollen ja nun aber die neuen deutschen Vorschläge zur Erörterung gestellt werden. Bisher sind über ihren Inhalt nur ungenaue Andeutungen in die Presse gelangt und auch französische Zeitungen haben bereits das Ihrige getan, um die deutsche Aktion zu einer Verständigung in letzter Minute zu diskreditieren. Unsererseits ist zu dieser Entwicklung vorerst nichts zu sagen, wir werden abzuwarten haben, bis der tatsächliche Inhalt der neuen deutschen Vorschläge bekannt ist. Allerdings muß man mit allem Nachdruck wünschen, daß diese Möglichkeit sehr bald geschaffen wird, damit der Reichsregierung in den Auseinandersetzungen der öffentlichen Meinung in Deutschland ein Gegengewicht gegen die gegnerische Agitation entsteht. Jedenfalls ist der Schluß aller Dinge im Augenblick der, daß auch am 1. Mai die Welt nicht aus den Angeln gehoben werden wird, und daß das deutsche Volk auch weiter nur die eine Aufgabe hat, fest zu bleiben.

Die neuen deutschen Vorschläge endgültig formuliert.

Die Regierung hält sich in Stillschweigen. In politischen Kreisen Berlins glaubt man, daß die Nachrichten der Pariser Presse über Einzelheiten der neuen deutschen Vorschläge nicht auf eine Kenntnis schon formulierter Vorschläge zurückzuführen, sondern daß sie zum Teil auf Kombinationen, zum Teil auf Mitteilungen gewisser Ententeoffiziere beruhen, die durch Mittelpersonen über die mögliche Richtung der neuen deutschen Forderungen informiert worden sind. Man nimmt an, daß der Text des deutschen Gegenantrages erst gestern abend endgültig formuliert worden ist, daß er allerdings Einzelheiten, wie sie von der Entente erwartet werden, enthält. Man glaubt auch, aus gewissen Einzelheiten schließen zu dürfen, daß die Übergabe der neuen deutschen Anteile nun direkt, wenn auch nicht offiziell erfolgt. Die entscheidenden politischen Regierungsoffiziere bewahren absolutes Stillschweigen über die neue Aktion. Man erwartet, daß im Parlament direkt oder indirekt der Versuch gemacht werden wird, die Regierung zu einer Erklärung auch über ihre neue Politik zu bewegen. Dieser Versuch wird voraussichtlich vom Kabinett abgelehnt werden.

Die Zollgrenze am Rhein.

Ueber die Wirkung der am 20. April in Kraft getretenen Zollgrenze am Rhein wird aus Mainz gemeldet: Aus der Ankündigung der Rheinlandkommission über die Organisation des Zolldienstes geht hervor, daß nach dem Vorschlage des Wirtschaftsausschusses der Rheinlandkommission der Dienst der auf Weisung der Kommission von Köln nach Bad Ems verlegten Amtsstelle für Ein- und Ausfuhr genehmigung auch weiter von deutschen Beamten versehen werden soll und zwar unter Leitung eines deutschen Direktors, der dem Wirtschaftsausschuß verantwortlich sein und von diesem Weisungen erhalten soll. In Köln werde ein kleiner Rest dieser Amtsstelle verbleiben als Unterabteilung der Zentrale in Ems. Wie die Beamten behandelt werden.

Aus Mainz wird gemeldet, daß dort ein französischer Zollinspektor mit Namen Philippi eingetroffen ist. Dieser französische Inspektor vertritt den deutschen Zollbeamten, die die Straße zu betreten. Nach seinem Befehl dürfen die Zollbeamten sich nur von ihrer Wohnung zum Amt und vom Amt nach ihrer Wohnung begeben.

Der Eisenbahnverkehr. Bis jetzt riefen die Zollmaßnahmen keine besondere Störung im Personenverkehr hervor, da die französischen Aufsichtsbeamten die Züge ohne Rücksicht darauf, ob die Zollbeamten mit der Revision fertig waren oder nicht, nach 10 Minuten Aufenthalt weiterfahren ließen. Im Güterverkehr ist bereits eine Störung eingetreten.

Erstwertes Postverkehre.

Von zuständiger amtlicher Stelle wird mitgeteilt: Die neu eingerichtete Zollgrenze am Rhein berührt die Reichspostverwaltung, welche zur Befestigung zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet anzunehmen, wenn sie nicht von einer Zollinspektorenklärung begleitet sind. Ferner wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die alliierte Postverwaltung die Postanstalten im besetzten Gebiet zwingt, im Verkehr mit dem unbesetzten Deutschland die ankommenden und abgehenden Pakete den von ihr errichteten Poststellen zuzuführen. Man wird daher in der nächsten Zeit mit einer erheblichen Beeinträchtigung dieses Verkehrs rechnen müssen.

Die Erwirkung des deutschen Wirtschaftslebens.

Neuer erfährt von französischer Seite: Frankreich werde die Besetzung des Rheinlandes nur vornehmen, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkomme. Wenn die deutschen Arbeiter nach der Besetzung die Arbeit niederlegen sollten, würde Deutschland keine Kohle erhalten, da das einzige, außer Obereschlesien, Deutschland zur Verfügung stehende Kohlengebiet, das nämlich, sehr wenig fördere. Dadurch werde Deutschland von einer allgemeinen Betriebsstilllegung bedroht und nach Ansicht der Franzosen gezwungen werden, seinen Vertragsverpflichtungen nachzukommen. Frankreich könne die militärische Besetzung des Ruhrgebietes allein durchführen und werde wahrscheinlich zu diesem Zwecke nur eine Jahresklasse einberufen müssen. Frankreich denke keineswegs an eine Annexion, weder des Ruhrgebietes, noch des linken Rheinuferes. Der Zweck sei einfach der, Deutschland zum Zahlen zu bringen. Daily Chronicle schreibt in einem Volks Harmonie zwischen den alliierten überschriebenen Zeitartikel, an der Besetzung des Ruhrgebietes würden englische Truppen nicht teilnehmen, da keine verfügbar seien. Der Plan habe viel für sich. Er verlege die Alliierten in die Lage, Deutschland gegenüber zu sagen: Keine Reparationen, keine Kohlen! Bezahle eure Schulden, entlaßt eure Soldaten und verurteilt eure Kriegsverbrecher, dann bekommt ihr eure Brennstoffe! Das einzige andere wichtige Kohlengebiet Deutschlands liegt in Oberschlesien, und dieses Kohlengebiet werde wahrscheinlich bald den Polen zugewiesen werden, angesichts der durch die Abstimmung erzielten großen polnischen Mehrheit unter den ansässigen Einwohnern. (1) Deutschland könne sich infolgedessen kaum lange seinen Verpflichtungen entziehen.

Amerika lehnt die Vermittlung ab!

Wie der Vertreter des United Telegraph von angeblich zuverlässiger diplomatischer Seite erzählt, hat Amerika den von Deutschland durch eine neutrale Macht ausgetragenen Forderungen, des Amerika zu einer Vermittlungsaktion veranlassen sollte, abgelehnt. — Der katholische Corriere d'Italia in Rom meldet, die Nachricht, der Vatikan habe zwischen Deutschland und den Alliierten in der Reparationsfrage vermittelt, wird im Vatikan entschieden in Abrede gestellt.

Jugoslawiens Beteiligung an den Sanktionen.

In der Frage des Anschlusses Jugoslawiens an die Sanktionen gegen Deutschland veröffentlicht das Belgrader Amtsbüro eine Verordnung, in welcher eine Taxe von 80 Prozent des Fabrikationswertes für von Deutschland eingeführte Waren vorgeschrieben wird. Waren, die mehr als 50 Prozent aus Deutschland stammende Rohstoffe enthalten, unterliegen ebenfalls dieser Taxe. Alle Waren, die an Staatsämter geliefert werden, sind von dieser Taxe befreit, ebenso die vor dem 18. April bestellten und bezahlten Waren.

Das neue preußische Kabinett.

Nachdem sich die Demokraten dahin schloß geworden sind, gegen einen Eintritt von Mitgliedern ihrer Partei in ein Kabinettministerium keine Einwendung erheben zu wollen, dürfte sich das neue preußische Kabinett wie folgt zusammensetzen: Oberpräsident und Volkswohlwart: Stegerwald; Inneres: Oberbürgermeister Dominikus; Justiz: An Jahnke; Handel: Fisch-

bed; Finanzen: Ministerialdirektor Robis und Oberbürgermeister Dr. Wilms; Landwirtschaft: Ministerialdirektor Warmholz; Kultus: Ministerialdirektor Professor Bede. Das Kabinett dürfte sich noch ehe mit einer Programmrede Stegerwalds dem Landtage vorstellt. Die Volkspartei nimmt eine abwartende Haltung ein. Ueber die Haltung der Mehrheitssozialisten läßt sich zurzeit noch nichts sagen.

St. Die jetzige Lösung des Regierungsproblems in Preußen kann nach Lage der Dinge wohl kaum als endgültig angesehen werden. Sie ist das Ergebnis einer durch Verschulden auf allen Seiten herbeigeführten Situation, die sonst keinen anderen Ausweg zu haben schien, nachdem Zentrum und Demokraten zu dem Entschluß gekommen waren, jede Bindung zu der Sozialdemokratie hin zu befreiten. Sie erklären, nachdem die Sozialdemokratie auch das reine Geschäftsmisterium abgelehnt hatte, seien alle Möglichkeiten erschöpft gewesen, und es wäre eben nur die ausgesprochene Minderheitsregierung aus ihren beiden Parteien übrig geblieben. Wir haben nun die Tatsache vor Augen, daß der Ministerpräsident Stegerwald auch hinsichtlich der parlamentarischen Grundlage für seine neue Regierung seine Befähigung zur Erkundung immer neuer Chancen bewies, indem er sich bereit erklärte, entweder für seine Regierung die Parteilung und stille Teilhaberschaft der Deutschen Volkspartei einerseits und der Mehrheitssozialdemokratie andererseits in Anspruch zu nehmen oder, wenn die Sozialdemokratie dabei blieb, seinem Kabinett schärfste Hilfe anzufügen, auch mit einer Unterstützung der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen vorlieb zu nehmen. Er gab dabei offen zu, daß ihm die letztgenannte Aussicht nicht gerade sympatisch erscheine, wie ja denn auch seine Vergangenheit das durchaus erklärlich erscheinen ließ, aber er sagte andererseits, daß ihm etwas anderes eben nicht übrig bleibe. Die Meinungen darüber werden immer geteilt bleiben. Die Mehrheitssozialdemokratie sieht sich jedenfalls aus ihren Nachpostitionen nunmehr auch in Preußen herausgedrängt und man wird abzuwarten haben, wie sie sich zu dieser Tatsache verhält. Hier wie überhaupt sehen wir aber, daß das Grundübel aller heutigen Politik in Deutschland die mangelnde Kraft zu festen Entschlüssen ist, und das ist um so trauriger, als die Zeit mehr als in aller Vergangenheit ein starkes Geschlecht verlangt.

Die neuen Männer in Preußen.

Von den neuen preussischen Ministern sind Finanzminister Robis, der vielfach den Standpunkt der preussischen Finanzverwaltung im Reichsrat vertreten hat, und der Landwirtschaftsminister Warmholz und sein Kollege im Kultusministerium Bede bisher parteipolitisch nicht hervorgetreten. Parteipolitiker, die zugleich in ihrem Ressort durch ihre berufliche Betätigung als Sachminister bewertet werden, sind der frühere Handelskammerpräsident und Direktor des Sparverbandes Groß-Berlin Fischbeck, der sein Ministerium weiter behält, der neue Minister des Innern Dominikus, der sich als Schöneberger Oberbürgermeister als erfahrener Verwaltungsbeamter bewährt hat, sowie der juristische Sachverständige der Landtagsfraktion des Zentrums, der bisherige Justizminister Am Rehnhoff, der auf seinem Posten bleibt.

Drei Lösungen für Oberschlesien.

Aus Warschau wird berichtet: Die Gazeta Warszawska erhält von ihrem Pariser Sonderberichterstatter die Meldung, eine vorzüglich unterrichtete Persönlichkeit habe ihm mitgeteilt, daß in englischen Kreisen drei Lösungen für die obereschlesische Frage in Erwägung gezogen würden: 1. Die Linie Kreuzburg-Weuthen-Ratibor mit Gletow und Hindenburg für Deutschland; 2. Die Linie Ratibor-Weuthen mit Kattowitz und Königshütte, Rybnik und Pleß für Polen; 3. Schaffung eines neutralen Staates aus dem Industriebezirk unter dem Protektorat einer Verbandsmacht oder des Völkerbundes.

Die hier mitgeteilten Vorschläge sind sehr ungenau bestimmt. Immerhin läßt sich aus diesen Angaben erkennen, daß die erste Lösung einen schmalen Grenzstreifen zwischen Kreuzburg und Weuthen von Deutschland abschneiden und damit auch Kattowitz und Rybnik, ja wahrscheinlich auch Tarnowitz, also immerhin etwa zwei Drittel des Industriegebietes den Polen zuschauen will. Gleichzeitig würde die südliche Hälfte dieser Linie, das Stück zwischen Weuthen und Ratibor die Kreise Pleß und Rybnik von Deutschland abtrennen. Die zweite Grenzbestimmung scheint nur den Süden dieses Gebietes, also das Zukunftsindestrategiegebiet Pleß-Rybnik, immerhin aber auch Kattowitz und Königshütte an Polen bringen zu wollen. Es scheint also tatsächlich, als habe der von den Polen geleitete Terror und das von ihm beeinflusste Ergebnis der Abstimmung die Augen Englands soweit geblendet, daß es den Sanktionen des Abstimmungsgebietes unter allen Umständen als polnisch ansieht. Die Neutralisierung des Industriegebietes — der dritte Weg — wäre ein Ausweg der Verlegenheit, im Grunde aber natürlich auch nichts anderes als eine scharfe Trennung dieses Bezirkes vom alten Mutterlande. Die Folgen wären nicht abzusehen. — Bei dieser Nachricht handelt es sich um eine Zeitungsnachricht, immerhin um eine